

Zu §§ 6 und 7.

Stiftungen bedürfen nur dann der juristischen Persönlichkeit, wenn sie selbstständig errichtet, also nicht etwa einer anderen juristischen Person, z. B. einer Gemeinde, mit der Vorschrift einer gewissen Anwendung des gestifteten Vermögens zugewendet werden. Ebenso kommen häufig communliche und andere Anstalten vor, welche, ohne selbstständiges Rechtssubject zu sein, ganz von einer anderen juristischen Person abhängen. Das nächstliegende Beispiel der letztern Art sind die Gemeindesparrassen. Es mußte deshalb in § 6 das Erforderniß des selbstständigen Bestehens der Stiftungen, sowie der neben den letztern etwa vorkommenden Anstalten hervorgehoben werden.

Im Uebrigen schließen sich §§ 6 und 7 in der Hauptsache an Dasjenige an, was hinsichtlich der Anerkennung von Stiftungen als juristische Personen schon jetzt Rechtens ist.

Zu § 8.

Der Entwurf hat die Actienvereine nicht, wie es von anderer Seite geschehen ist, als Vermögensmassen, sondern als eine Art der Personenvereine (Genossenschaften) aufgefaßt (vergl. §§ 38 und flg.). Bei den in § 52 des bürgerlichen Gesetzbuchs erwähnten Vermögensmassen wird daher außer etwa an den Staatsfiscus und einzelne Staatscassen (vergl. § 5 des Gesetzes sub C vom 28. Januar 1835) vorzugsweise an Stiftungen und die ihnen verwandten Anstalten zu denken sein. Dieselben sind meistens einem bleibenden Zwecke gewidmet, weshalb der Fall ihres Erlöschens nicht so leicht vorkommen kann. Andererseits lassen sich auch Stiftungen zc. zu blos vorübergehendem Zwecke denken, auch kann durch Wegfall des Vermögens einer Stiftung oder Anstalt deren Erlöschen nothwendig werden. Da hier ein Wille der juristischen Person selbst im Gegensatz zu den Stiftungsverwaltern nicht denkbar ist, so kann das Erlöschen nur durch die aufsichtsführende Behörde beschlossen werden, die hierbei an die Vorschrift der Verfassungsurkunde § 60 gebunden ist, auf welche auch in dem von der Staatsaufsicht handelnden Abschnitte des Entwurfs (§ 69) ausdrücklich verwiesen wird.

Zu § 9.

Die hier enthaltene Bestimmung steht im Einklange mit § 29 des bürgerlichen Gesetzbuchs und soll nur noch bestimmter ausdrücken, daß die Statuten ebenso wie Gesetze für Jedermann Geltung haben.